

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

Medienmitteilung**Grundlagen für die zentrale Beschaffung von Feuerwehrmaterial**

Solothurn, den 21. Juni 2021 – Im Gesetz der Gebäudeversicherung sollen unverzüglich die Grundlagen geschaffen werden für die zentrale Beschaffung von Feuerwehrmaterial. Die Justizkommission des Kantonsrates unterstützt einen entsprechenden dringlichen Auftrag. Zudem hat sie an ihrer letzten Sitzung drei Personen für die Stelle eines Staatsanwalts oder einer Staatsanwältin nominiert.

Ein dringlicher, fraktionsübergreifender Auftrag fordert die Weiterführung der zentralen Beschaffung von Material für die Feuerwehren. Damit die Solothurnische Gebäudeversicherung (SGV) die Feuerwehrbeschaffungs- und Zentrallagerdienstleistungen nahtlos weiterführen kann, ist eine vorgezogene Teilrevision des Gebäudeversicherungsgesetzes (GVG) notwendig. Die Justizkommission (Juko) beantragt dem Kantonsrat einstimmig die Erheblicherklärung des Auftrags, mit geändertem Wortlaut gemäss Regierungsrat. Demnach soll unverzüglich die erforderliche Grundlage im Gebäudeversicherungsgesetz (GVG) geschaffen werden, welche der Solothurnischen Gebäudeversicherung (SGV) die Beschaffung von Feuerwehrmaterial inkl. Feuerwehrfahrzeugen und den Betrieb des Feuerwehrzentrallagers ermöglicht. Dieser Teil soll somit der bereits geplanten Totalrevision des GVG vorgezogen werden.

Weiter hat die Justizkommission für die Wahl eines Staatsanwalts oder einer Staatsanwältin durch den Kantonsrat, folgende drei Kandidierenden nominiert:

- Flurina Heim, Staatsanwältin
- Matthias Heim, Rechtsanwalt
- Sabrina Sutter, selbstständige Rechtsanwältin

Die Wahl im Kantonsrat findet am 6. Juli 2021 statt.

Zudem hat sich die Juko von Frau Landammann Susanne Schaffner, Vorsteherin DDI und Polizeikommandant Thomas Zuber über den Polizeieinsatz vom Samstag, 29. Mai 2021 informieren lassen. Damals stand die Polizei in Solothurn mit einem Grossaufgebot im Einsatz, um eine unbewilligte Kundgebung zu verhindern.